



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 14.03.2012, 18:15 Uhr,
im Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum, 3. Etage,
Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 08.02.2012
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Information zum Thema: "Inklusion" durch das Staatliche Schulamt
11. Vorstellung des Kita-Profiles der Kita "Pustelblume" durch die Kita-Leiterin Frau Kleiner
12. Vorstellung der Aufgaben und Projekte des freien Trägers in der mobilen Jugendarbeit (Sozialpädagogische Institut Berlin)

13. Vorstellung des Entwurfes der Sozialstudie
14. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Schumacher, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), begrüßt alle Anwesenden zur 26. Sitzung des ABJS und eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Schumacher stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der ABJS beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind **acht Stadtverordnete** anwesend (**Anlage 1**).

Es werden folgende Stadtverordnete vertreten: Herr Hoeck von Herrn Herrmann, Frau Dr. Brauns von Herrn Wrase, Frau Büschel von Herrn Sachse und Frau Schostan von Herrn Hampel.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 08.02.2012

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift der 25.Sitzung des ABJS vom 08.02.2012 liegen nicht vor. Mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

Die Niederschrift wird mit **4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen bestätigt**.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Schumacher teilt mit, dass ihm ein Antrag auf Änderung der Tagesordnung vorliegt. Es wird beantragt, den Tagesordnungspunkt 12 hinter dem Tagesordnungspunkt 9 zu behandeln, da Herr Habelt, Leiter des Staatlichen Schulamtes Eberswalde, der heute zum Vortrag „Inklusion“ sprechen wird, von Außerhalb kommt.

Da keine weiteren Änderungen/Ergänzungen zur Tagesordnung vorgetragen werden, bittet Herr Schumacher um die Abstimmung der Tagesordnung, die **einstimmig befürwortet** wird.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Schumacher teilt mit, dass ihm eine Information vom Ausschussvorsitzenden Herrn Hoeck vorliegt. Es geht um die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Senioren und Integration (AKSI) und des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), die für den Monat Mai angedacht war, aber wahrscheinlich doch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Herr Schumacher bittet Frau Röder, da sie die Vorsitzende des AKSI ist, um nähere Informationen.

Frau Röder teilt mit, dass sie sich mit Herrn Hoeck und der Verwaltung dahingehend verständigt hat, die gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse erst im September durchzuführen. Als Thema für die gemeinsame Sitzung wird die Sozialstudie vorgeschlagen.

Herr Schumacher fügt hinzu, dass jederzeit Themenvorschläge für die gemeinsame Sitzung eingereicht werden können, so dass dann auch eine langfristige Vorbereitung des Ausschusses möglich ist und auch Vorschläge aus den Fraktionen entgegengenommen werden können.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Landmann hat folgende Informationen:

1. Das relativ große Bauvorhaben in der Kita „Sonnenschein“ ist über die Hälfte abgeschlossen, so dass die Kinder wieder aus dem Container in das Haus 1 umziehen konnten. Die Fertigstellung des Hauses 2 mit der Außenanlage sollte bis Mitte 2012 erfolgen.
2. Mit heutigem Stichtag fehlen immer noch 63 Kita-Plätze, davon werden derzeit noch 15 in Tagespflege betreut. Die Verwaltung geht aber davon aus, dass die Anzahl an fehlenden Kita-Plätzen in der zweiten Jahreshälfte noch ansteigen wird.
3. In der nächsten Woche werden die Angebote zur Sportentwicklungskonzeption ausgewertet und besprochen, welches Büro den Zuschlag erhalten soll. Es wurde diesbezüglich eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus Verwaltungsmitarbeitern und aus Vertretern des Kreissportbundes besteht.

Frau Ladewig hat folgende Informationen:

1. Die Verwaltung hat für das Jahr 2012 wieder eine große Stellenausschreibung im Erzieherinnenbereich getätigt. Bewerbungsende war der 17.02.2012. Es wurden 51 Bewerbungen eingereicht, davon werden 36 Personen zum Bewerbungsgespräch eingeladen. Die restlichen Bewerber fallen aus dem Bewerbungsverfahren raus, da sie nicht die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen bzw. nicht der Kita-Personalverordnung entsprechen. In der nächsten Sitzung wird die Verwaltung über das Ergebnis berichten.
2. Die Stellenausschreibung für den Jugendsozialarbeiter - so wie es im Dezember in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde - läuft momentan intern. Die Bewerbungen erfolgen bis zum 23.03.2012, so dass Anfang April die Bewerbungsgespräche geführt werden könnten.
3. Vor Sitzungsbeginn wurden heute Auszüge aus der Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplanung des Landkreises Barnim (LK BAR) für den Planungszeitraum 2012 bis 2017 ausgeteilt. In diesen Auszügen wurde alles das zusammengestellt, was die Stadt Eberswalde betrifft. Die Verwaltung hat bereits zum 29.02.2012 eine Stellungnahme dazu an den LK BAR abgegeben. Herr Landmann wird anschließend kurz über das Fazit aus dem Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplan informieren.

Herr Landmann berichtet, dass alle Kindertagesstätten, die sich in städtischer und auch in freier Trägerschaft befinden, im Bedarfsplan bis 2017 enthalten sind. Selbiges gilt auch für die Grundschulen.

Frau Ladewig weist besonders auf die Seite 86 hin. Es gibt dort ein Fazit des LK BAR, wo er schreibt: „Im Bereich Kinderkrippen und Kindergarten ist bis zum Jahr 2017 eine eigenständige Kapazitätserhöhung erforderlich. Die dazu notwendige Planung ist mit dem Jugendamt abzustimmen.“ Diese Aussage hat die Stadt Eberswalde in ihrer Stellungnahme dahingehend angeregt zu erweitern, dass diese Aussage natürlich auch für den Hortbereich gilt. Des Weiteren hat die Verwaltung, bevor das Planwerk erschienen ist, ein Schreiben an den LK BAR verfasst und ihn gebeten, der Stadt Eberswalde das Gebäude in der Eisenbahnstraße 100 (ehem. Goethe-Schule) bis zum Schuljahr 2015/16 weiterhin zur Verfügung zu stellen. Diesem Ansinnen ist der LK BAR gefolgt. Das bedeutet für die Verwaltung, es wird im Innenstadtbereich eine Hortentlastung geschaffen, so dass all unsere Hortkinder untergebracht werden könnten.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine schriftlichen Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Frau Röder fragt, wann mit dem Bau der Kita im Bürgerbildungszentrum begonnen wird.

Herr Landmann kann darüber keine genaue Auskunft geben, er wird die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

Frau Röder hat mehrfach aus Medienberichten entnehmen können, dass die Tagesmütter es hinsichtlich der Lebensmittelkontrollen jetzt schwerer hätten. Sie möchte wissen, ob dies auch für unsere Tagesmütter zutrifft oder ob es in den Bundesländern unterschiedlich ist.

Frau Ladewig sagt, so viel wie sie weiß, ging diese Problematik ganz stark durch die Presse in Berlin. Es ist aber entkräftet worden, da die Berliner Senatsverwaltung mit dieser Lebensmittelüberwachung übertrieben hat und weil laut EU dieses Gesetz so nicht durchgesetzt werden sollte. Ob dies auch für unserer Tagesmütter zutrifft, ist ihr vom LK BAR nicht bekannt.

Herr Zinn hat eine Ergänzung zu der gemeinsamen Sitzung. Er selbst hatte ja angeregt, die Sitzung im Bürgerzentrum durchzuführen. Jetzt regt er weiterhin an, zu überlegen, ob die Sitzung als normale Sitzung an einem Wochentag oder aber evtl. im Rahmen einer Klausurtagung durchgeführt werden sollte. Die Klausurtagung sollte dann aber an einem Samstag stattfinden, auch im Interesse der berufstätigen Bevölkerung.

Des Weiteren hat Herr Zinn eine Anfrage betreffend des OSZ II in der Kyritzer Straße. Am Tag der offenen Tür konnte er aus Gesprächen mit der Schulleitung entnehmen, dass zum Auszug Druck gemacht wird. Das OSZ soll noch vor der Übergabe der Zeugnisse die Räumlichkeiten verlassen, weil die Stadtverwaltung mit dem Umbau beginnen will. Er fragt, ob es Strategie ist, dass die Schule zum Schuljahresanfang 2013/14 in das neue Gebäude zieht oder hat die Stadtverwaltung Interesse daran zum Schulhalbjahr 2013/14 zu ziehen.

Herr Zinn möchte außerdem wissen, ob bei den Umbaumaßnahmen alle Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Kinder laut Inklusion behindertengerecht und barrierefrei unterrichtet werden können.

Herr Schumacher nimmt Bezug auf die erste Anfrage. In einer der nächsten Sitzungen wird sich der Ausschuss dazu verständigen und darüber abstimmen, ob die gemeinsame Sitzung als normale Sitzung oder als Klausurtagung an einem Samstag stattfinden wird.

Herr Landmann nimmt zu den Fragen zwei und drei wie folgt Stellung:

Er kann nicht sagen, welchen Druck jetzt die Schulleitung des OSZ II in der Kyritzer Straße

macht, er wird dbzgl. bei der Bauverwaltung nachfragen. Es gab mit dem LK BAR eine Absprache, dass die Grundschule „Schwärzeseesee“ bis zum Schuljahresbeginn 2013/14 in das Gebäude einzieht und daran hält die Verwaltung auch fest.

Zur Frage der Inklusion prüft die Verwaltung derzeit, ob im Rahmen der bereit stehenden finanziellen Mittel dort grundlegende Voraussetzungen für solche Maßnahmen getroffen werden können, wie z. B. die Zugänglichkeit für gehbehinderte Schüler/-innen.

Herr Herrmann erkundigt sich nach der Zeitschiene für den Schützenplatz.

Herr Landmann sagt, die Verwaltung hat vom Landesamt für Bauen und Verkehr eine Mitteilung bekommen. Die Maßnahme ist erst einmal bis zur Klärung der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel zurückgestellt.

TOP 10

Information zum Thema: "Inklusion" durch das Staatliche Schulamt

Herr Schumacher beantragt das Rederecht für Herrn Frank Habelt vom Staatlichen Schulamt Eberswalde. Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Herr Habelt, Leiter des Staatlichen Schulamtes Eberswalde, berichtet, dass er vom Ausschussvorsitzenden Herrn Hoeck gebeten wurde, heute ein paar Ausführungen darüber zu machen, wie im Land Brandenburg in den nächsten Jahren mit Inklusion im Bereich Bildung umgegangen wird. Die Ausführungen von Herrn Habelt liegen dem Protokoll als **Anlage 2** bei.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen wurden durch Herrn Habelt beantwortet.

Herr Schumacher bedankt sich bei Herrn Habelt für den Bericht.

TOP 11

Vorstellung des Kita-Profiles der Kita "Pustebblume" durch die Kita-Leiterin Frau Kleiner

Herr Schumacher bittet um das Rederecht für Frau Brigitte Kleiner. Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Frau Kleiner, Leiterin der Kita „Pustebblume“, stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das Profil der Kita „Pustebblume“ vor. Die Ausführungen liegen dem Protokoll als **Anlage 3** bei.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen wurden durch Frau Kleiner beantwortet.

Herr Schumacher bedankt sich bei Frau Kleiner für den Bericht.

TOP 12

Vorstellung der Aufgaben und Projekte des freien Trägers in der mobilen Jugendarbeit (Sozialpädagogische Institut Berlin)

Herr Schumacher beantragt das Rederecht für Frau Kathleen Rossow. Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Frau Rossow, von der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin (SPI), berichtet, dass sie die Projektleiterin für die mobile Jugendsozialarbeit in der Stadt Eberswalde ist. Seit 1998 sind sie in der Stadt Eberswalde ansässig und fungieren als beratender Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Auf Grund der Tätigkeit an den Schulen wird die Klientel teilweise auch jünger (12 Jahre). Anschließend stellt Frau Rossow die Aufgaben und Projekte der Stiftung SPI vor und erläutert sie näher **(siehe Anlage 4)**.

Herr Zinn spricht dem Team des SPI für die bisher geleistete Arbeit ein Dankeschön aus. Des Weiteren weist Herr Zinn auf ein Problem im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels hin, was die Räumlichkeiten und deren Nutzer betrifft. Herr Zinn hat festgestellt, dass die dortigen Räumlichkeiten sehr hellhörig sind und keine vertraulichen Gespräche geführt werden können. Er selbst wurde bereits von Leuten, die zu ihm in die Sprechstunde kommen, wegen dieses Problems angesprochen. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, in den Räumen Dämmung oder Schallschutz anzubringen.

Herr Schumacher bedankt sich bei Herrn Zinn für den Hinweis.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen wurden durch Frau Rossow und Herrn Bestritzki, Mitarbeiter beim SPI, beantwortet.

Herr Schumacher bedankt sich bei Frau Rossow und Herrn Bestritzki für die Ausführungen.

TOP 13

Vorstellung des Entwurfes der Sozialstudie

Herr Schumacher beantragt das Rederecht für Herrn Kai Reichelt, welches **einstimmig befürwortet** wird.

Herr Reichelt, Geschäftsführer vom Stadtbüro Hunger, berichtet, dass sein Büro seit den 90ziger Jahren an der städtebaulichen Weiterentwicklung des Wohngebietes Brandenburgisches Viertel involviert war. Anschließend stellt Herr Reichelt an Hand einer Power-Point-Präsentation die „Sozialstudie Brandenburgisches Viertel - Eberswalde“ ausführlich vor.

Herr Sachse ist der Auffassung, dass in dem Vortrag eine größere Anzahl von Vorschlägen, wie man auf bestimmte Dinge reagieren kann, vorgetragen wurde. Die Politik und die Verwal-

tung sollten nun, auch hinsichtlich wegen des Teilprogrammes Aufwertung, gemeinsame Überlegungen treffen. Es könnte dann, sollte z. B. der „Specht“ einmal abgerissen werden, die ehemalige Linie vom „Specht“ bis zum Einkaufszentrum in Angriff genommen werden. Ein anderes Problem ist der wirtschaftliche Anspruch der Wohnungsunternehmen mit den sozialen Ansprüchen. Eigentlich müsste man sagen, wenn wir in der Zukunft nicht alle Problemfälle dort im Viertel haben wollen, müssen wir auch die billigeren Wohnungen verknappen um zu erreichen, dass einmal die Kosten der Unterkunft erhöht werden und damit die Möglichkeit besteht, auch in anderen Gebieten der Stadt Ansiedlungen zu vollziehen.

Herr Zinn möchte etwas zum Potsdamer Platz und zu den Wohnungsunternehmen sagen. Die ständigen Treffs von angetrunkenen Jugendlichen am Potsdamer Platz haben sehr wohl zum Image des Viertels beigetragen. Durch die Mitarbeiter des SPI und deren ständige Präsenz vor Ort, konnte man das Problem weitestgehend in den Griff bekommen.

In Bezug auf die Wohnungsunternehmen hört er verstärkt von Einwohnern, die seit 20 Jahren und mehr dort wohnen, dass sie sich immer mehr durch ihre Wohnungsunternehmen vernachlässigt fühlen. Es werden Fragen gestellt, wie z. B. „Kümmert Ihr Euch nur noch um die sozial Benachteiligten?“ oder „Sind wir nicht mehr interessant genug?“

Des Weiteren ist Herr Zinn der Auffassung, dass es nicht hilft, wenn wir nur Rückbau machen. Wir sollten uns die Frage stellen, wie wir aus Sicht des demografischen Wandels damit umgehen. Er geht davon aus, dass es in der gemeinsamen Klausurberatung gelingen wird, echte Angriffsempfehlungen zu finden, die nicht nur die Stadt Eberswalde, sondern auch den Landkreis Barnim, betreffen.

Herr Landmann stimmt Herrn Zinns Ausführungen zu. Er denkt aber, dass wir froh sein sollten, die Sozialstudie zu haben. Derzeit ist die Verwaltung in der Erarbeitung des Verstärkungskonzeptes. Es liegt als Entwurf vor und wird in den nächsten Wochen in der Verwaltung besprochen.

Herr Jede regt an, dass die Polizei und das Ordnungsamt - wie früher einmal - wieder öfter präsent seien sollten im Brandenburgischen Viertel.

Herr Landmann sagt, es gäbe dann im Ordnungsamt ein kostendeckendes Problem. Er will die Diskussion aber nicht wegschieben. Es wurde mit dem Ordnungsamt darüber nachgedacht, ob nicht die Öffnungszeiten des Ordnungsamtes auch geändert werden sollten. Dies ist wahrscheinlich nicht zu schaffen, aber die Verwaltung wird dieses Viertel auch weiterhin im Fokus haben.

Herr Sachse hat eine Anmerkung, die sich aus dem Vortrag ergeben hat. Es ging ihm nicht vordergründig darum in Größenordnungen zu investieren, weil gesagt wurde, die Freizeit und Aufenthaltsbereiche werden durchaus als gut und zufriedenstellend wahrgenommen. Ihm ging es wirklich mit Sicht auf das Viertel im Ganzen. Die andere Sache ist, dass man natürlich bestimmte Auswüchse bei den Problemlagen Sicherheit und Mieten nicht ganz in den

Griff bekommen wird, aber es gab ja auch den dortigen Fingerzeig darauf, dass gesellschaftliche Miteinander im Viertel zu verstärken bzw. organisatorisch zu unterstützen. Wenn die Bürger sich dort für ihr Viertel verantwortlich fühlen und sich gegenseitig achten, dann gibt es bestimmt auch einen anderen Umgang und es ändert sich dann auch die Eigenwahrnehmung.

Herr Schumacher bedankt sich bei Herrn Reichelt für den Bericht.

TOP 14

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

Herr Schumacher schließt die Sitzung um 20.52 Uhr.

gez. Schumacher
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

gez. Berg
Schriftführerin

Rainer Kriewald

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Kerstin Ladewig

- **Gäste**

Frank Bestritzki zu TOP 11

Frank Habelt zu TOP 12

Brigitte Kleiner zu TOP 10

Kai Reichelt zu TOP 13

Kathleen Rossow zu TOP 11